

**64
Mio.
Euro**

**jedes Jahr
für Kriege.
OHNE UNS.**



Afghanistan braucht keinen NATO-Krieg...

In unserem Landtagswahlprogramm haben wir uns klar gegen den NATO-Krieg in Afghanistan ausgesprochen und den sofortigen Abzug der Bundeswehr verlangt. Afghanistan braucht unsere Solidarität, nicht unseren Krieg. Die Zahl der getöteten Zivilisten in Afghanistan ist nach UN-Angaben im ersten Halbjahr 2011 erneut um 15 Prozent auf 1462 gestiegen. Unsere Soldatinnen und Soldaten dürfen nicht weiter für eine kriegsgerichtete Machtpolitik sterben, verwundet und traumatisiert werden. Diese Politik bekämpft nicht den Terrorismus, sondern bringt ihn hervor. Krieg darf kein Mittel der Politik sein, nicht in Afghanistan, nicht im Irak und nicht in Libyen. Krieg schafft nicht Demokratie und Freiheit. Krieg ist eine entscheidende Ursache von Unterdrückung, Barbarei und Armut. Genau 100 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten sind in den Einsätzen seit 1998 ums Leben gekommen.

Wir wollen eine andere Außen- und Sicherheitspolitik für unser Land:

- Stopp aller NATO – Kriegseinsätze und Beginn einer ursachenorientierten Friedens- und Sicherheitspolitik.
- Unverzüglicher Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Übergang zu ziviler Aufbauhilfe, enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit und fairem Handel.
- Abrüstung und Umwandlung militärischer Forschung, Produktion und Nutzung in zivile Zukunftsprojekte (Konversion).
- Abzug aller Kernwaffen aus Deutschland, weltweites Verbot und vollständige Beseitigung aller Kernwaffen.
- Unterstützung der Model-Konvention für das Verbot und die vollständige Beseitigung aller Kernwaffen, die in der UN-Vollversammlung von der großen Mehrheit aller Staaten gebilligt wurde.
- Verbot deutscher Rüstungsexporte und Beteiligung an Abrüstungsprogrammen in ehemaligen und aktuellen Konfliktgebieten.

...und unsere Kommunen brauchen Geld!

Krieg und Rüstung, so wird uns vorgehalten, schaffen unserm Land und den Menschen vor Ort Sicherheit. Es hänge gar unser Wohlstand davon ab, wer am Hindukusch das Sagen habe. Das ist alles nicht wahr. Wahr ist, dass unsere Kriege da draußen und eine Bundeswehr als Interventionsarmee Quellen von sozialer Not, Umwelt- und Kulturzerstörung und öffentlicher Verschuldung sind. In MV gibt es derzeit 23 Bundeswehrstandorte. **Der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns an den Kosten deutscher Kriegsbeteiligungen seit 1999 (Jugoslawienkrieg) beträgt ca. 840 Mio. (pro Jahr 64 Mio.) Euro.** Allein das Land hat gegenwärtig mehr als 10 Mrd. Euro Schulden!

Würden Bundestag und Bundesregierung noch in diesem Jahr mit Abzug, Abrüstung und Konversion beginnen, dann hätte auch unser Land, nach Abzug aller Kosten und erhöhter Entwicklungshilfe auch für Afghanistan, einen für jedes einzelne Dorf und jede Stadt spürbaren finanziellen Betrag zu erwarten. Und zwar Jahr für Jahr. Es ist unser aller Steuergeld, was die andern Parteien, auch die Grünen und die SPD, heute als Kriegsgeld ausgeben und was wir als Kulturroschen dem Wohl der Menschen in Mecklenburg und in Vorpommern zurückgeben wollen.

Keinen Krieg! MIT UNS.

